Mobiles Labor zur Herstellung der synthetischen Droge Methamphetamin („Crystal Meth“).

„Böhmische Küche“: Für Übungszwecke nachgestelltes illegales Labor zur Drogenherstellung.

# Stoffe für Drogen und Bomben

**Das Precursor-Competence-Center im Bundeskriminalamt überwacht den Handel mit Ausgangsstoffen für Sprengmittel und Drogen, um den Missbrauch dieser Stoffe zu verhindern.**

Im Hafen von Beirut kam es Anfang August zu einer verheerenden Explosion. Vieles deutet darauf hin, dass die Detonation durch die Chemikalie Ammoniumnitrat verursacht worden ist. Das häufig als Düngemittel genutzte Salz hat, wenn es zu einer Umsetzung kommt, eine enorme Sprengraft. Die Explosion in der libanesischen Hauptstadt, bei der rund 2.750 Tonnen Ammoniumnitrat detonierten, hinterließ einen 43 Meter tiefen Krater im Erdboden. Nach Angaben der Behörden wurden mehr als 150 Menschen getötet. Rund 6.000 Personen wurden verletzt. Hunderttausende verloren von einer Sekunde auf die andere ihr Zuhause. Die große Menge der explosiven Substanz war bereits seit Jahren ungesichert in einer Halle im Hafen gelagert worden.

**Missbrauch und unsachgemäße Verwendung.** Bestimmte Chemikalien, die in der Vergangenheit problemlos in Drogerien, Apotheken und Baumärkten erhältlich waren, eignen sich zur Herstellung von Explosivstoffen – die Methoden zur Herstellung sind einfach. Während diese Chemikalien für Gewerbe und Industrie grundsätzlich uneingeschränkt zugänglich sind, wurde bereits 2014 in Österreich der Verkauf an Privatkunden streng limitiert. „Ein wesentliches Ziel unserer Arbeit besteht darin, den Missbrauch von Explosivstoffen für kriminelle Taten oder terroristische Anschläge zu verhindern. Zu diesem Zweck überwachen die Mitarbeiter des Precursor-Competence-Centers den Handel mit Ausgangsstoffen für Explosivstoffe. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt darin, Wirtschaftstreibende darauf aufmerksam zu machen, dass leicht zugängliche chemische Ausgangsstoffe von Kriminellen für Straftaten und Anschläge missbraucht werden können. Darüber hinaus möchten wir bei den Personen, die mit derartigen Stoffen zu tun haben, die Gefahren unsachgemäßer Verwendung ins Bewusstsein rufen.

Der unsachgemäße Umgang mit Ammoniumnitrat, wie man am Beispiel von Beirut deutlich erkennt, kann tödlich enden“, sagt Brigadier Daniel Lichtenegger, BA MA MA. Lichtenegger leitet das Büro 3.3-Suchtmittelkriminalität im Bundeskriminalamt, zu dem das Precursor-Competence-Center seit Dezember 2018 als Referat 3.3.4 gehört.

**Substanzen und Grenzmengen.** Die Bereitstellung, das Verbringen, der Besitz und die Verwendung beschränkter Ausgangsstoffe für Explosivstoffe ist Privatpersonen grundsätzlich verboten. Durch Änderung des Chemikaliengesetzes und des Bundeskriminalamt-Gesetzes (BGBl. I Nr. 14/2015) in Verbindung mit der Ausgangsstoffverordnung (BGBl II Nr. 31/2015) wurde ein Registrierungssystem für bestimmte Stoffe und Gemische geschaffen, die diese Stoffe enthalten. Dazu zählen Wasserstoffperoxid (u. a. als Bleichmittel verwendet) in Konzentrationen über 12 bis einschließlich 35 Gewichtsprozent, Nitromethan (u. a. als Treibstoffbestandteil für Modellflugzeuge verwendet) in Konzentrationen über 30 bis einschließlich 40 Gewichtsprozent und Salpetersäure (z. B. Reinigungs- und Entrostungsmittel) in Konzentrationen über 3 bis einschließlich 10 Gewichtsprozent. Diese Substanzen dürfen an Privatpersonen weitergegeben werden, wenn der Wirtschaftstreibende, der sie bereitstellt, die Transaktion registriert.

In Konzentrationen darunter dürfen die Stoffe ohne Registrierung an Privatpersonen abgegeben werden. In höheren Konzentrationen ist die Weitergabe an Privatpersonen verboten. Kalium- und Natriumchlorat, Natrium- und Kaliumperchlorat (Bestandteile von Unkrautsalzen) dürfen höchstens in einer Konzentration von jeweils 40 Gewichtsprozent an Privatpersonen abgegeben werden.

**Genehmigungssystem.** Auf Grund der im Juni 2019 in Brüssel beschlossenen EU-Verordnung (2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates), tritt mit 1. Februar 2021 anstelle der oben erwähnten „Registrierung“ ein „Genehmigungssystem“ in Kraft. Dies bedeutet, dass Privatpersonen beschränkte Ausgangsstoffe in bestimmten Konzentrationen nur durch eine er-

Fotos: Bundekriminalamt

**Die Explosion in Beirut dürfte durch Ammoniumnitrat verursacht worden sein, einen Grundstoff für Dünger und Sprengstoff.**

Foto: Anna Om/Stock.adobe.com

teilte Genehmigung der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde erwerben und besitzen dürfen.

**Precursor-Competence-Center.** Derzeit arbeiten im Referat drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Precursor-Competence-Center betreut zwei Meldestellen: die Meldestelle für Drogenausgangsstoffe und die Meldestelle für Ausgangsstoffe für Explosivstoffe. Als Precursor – „Vorläufer" – wird in der Chemie oder Biochemie bei einem Syntheseweg ein Molekül bezeichnet, das als Ausgangsprodukt in eine Reaktion eingeht. Das Referat ist zugleich zentrale Servicestelle für alle Polizistinnen und Polizisten, die bei ihrer Arbeit auf illegale Drogenlabore stoßen oder Chemikalien auffinden. „Die Experten erteilen Rechtsauskünfte oder unterstützen Einsatzkräfte vor Ort, beispielsweise bei einer Durchsuchung und Aufklärung eines Drogenlabors", sagt Lichtenegger.

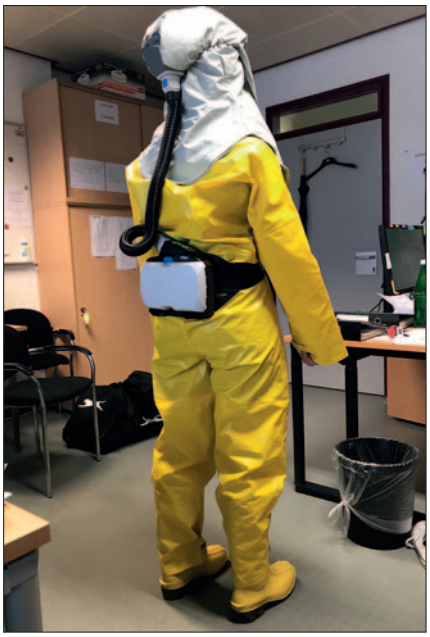
**Ausgangsstoffe für Explosivstoffe.** „Aufgabe der Meldestelle ist es, die Herstellung von Explosivstoffen durch Kriminelle und Terroristen zu verhindern. Selbst hergestellte Explosivstoffe aus leicht zugänglichen chemischen Ausgangsstoffen werden von Einzeltätern, kleineren autonomen Gruppen sowie anderen Kriminellen häufig für Anschläge verwendet. Das soll durch Verkaufsbeschränkungen (Verkauf an Privatpersonen) sowie durch Registrierung des Erwerbs bestimmter Stoffe erreicht werden. Darüber hinaus ist die verpflichtende Meldung verdächtiger Transaktionen in Zusammenhang mit bestimmten Stoffen für die gesamte Lieferkette – auch für gewerbliche Verwender – vorgesehen. Darunter fallen Stoffe wie Wasserstoffperoxid, Salpetersäure, Ammoniumnitrat, Aceton, Aluminium- oder Magnesiumpulver.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Meldestelle bearbeiten Meldungen verdächtiger Transaktionen, das Abhandenkommen und den Diebstahl von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe und bewerten Verdachtsmeldungen. Meldungen werden von Wirtschaftstreibenden aber auch von Interpol und Europol übermittelt. Darüber hinaus fungiert die Meldestelle als Schnitt- und Ansprechstelle für das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, das die Vollzugsbehörde bei der Überwachung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe ist. Die Meldestelle steht in ständigem Kontakt mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, speziell, wenn Verdachtsmeldungen staatsschutzrelevante Hinweise beinhalten.

Ebenso die Feststellung neuer Phänomene, die sich aus kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergeben, sind Teil der Arbeit der Meldestelle – beispielsweise neue Herstellungsverfahren, das Erkennen neuer Abzweigungsmuster oder die Aufnahme neuer Substanzen in die Liste der meldepflichtigen Substanzen. „Wir sind stets bemüht, die Wirtschaftsbeteiligten zu schulen und zu sensibilisieren. Sie sollen selbst verdächtige Vorgänge erkennen können, damit wir nicht mit Meldungen ohne kriminalpolizeiliche Relevanz überflutet werden", sagt Lichtenegger.

**Die Meldestelle** ist weiters Kommunikationsschnittstelle für internationale Organisationen im Bereich Explosivstoffe – darunter fallen Europol Explosivstoffe, die Europäische Kommission und CIRCABC (Communication and Information Resource Centre for Administrations Businesses and Citizens).

**Von der Polizei entdeckte Amphetamin- und Sprengstoff-Küche in Wien.**



**Ausrüstung: Chemieschutzoverall mit Kapuze und Atemluftfiltergerät.**

**Drogenausgangsstoffe.** Der Handel mit Drogenausgangsstoffen ist aufgrund legaler Verwendungszwecke nicht generell verboten. Um ein Abzweigen aus dem legalen Handel zu verhindern, wurde die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen rechtlich geregelt. Ziel ist es, dass verdächtige Vorgänge gemeldet werden. Die Mitarbeiter der Meldestelle bearbeiten verdächtige Bestellvorgänge oder Transaktionen, bewerten Verdachtsmeldungen in Zusammenarbeit mit dem Büro 6.2-Chemie im BK, forschen Drogenlabore aus. „Die Arbeit verlangt einen ausgeprägten Sachverstand, denn es müssen auch sichergestellte Chemikalien und gefährliche Substanzen transportiert, richtig gelagert und nach entsprechender justizieller Anordnung fachgerecht vernichtet werden“, sagt Büroleiter Lichtenegger.

**Küche als Drogenlabor.** Ein Drogenlabor mit spezieller Ausrüstung ist zur Gewinnung illegaler Substanzen nicht unbedingt erforderlich. Die Herstellung von Methamphetamin funktioniert auch in einer gewöhnlichen Küche und auf kleinstem Raum. Aus Medikamenten, in der Regel Erkältungsmittel, kann unter Zuhilfenahme weiterer Chemikalien mit entsprechendem Fachwissen in wenigen Schritten „Crystal Meth“ hergestellt werden. „Mit herkömmlichen Haushaltsartikeln wie Kochtöpfen, Plastikflaschen oder einem Bügeleisen als Heizquelle, kann das Meth hergestellt werden. So ein behelfsmäßiges Labor wird auch als Böhmische Küche bezeichnet“, berichtet Daniel Lichtenegger.

**Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.** „Damit wir unsere Aufgaben erfüllen können, arbeiten wir mit anderen Organisationen zusammen – beispielsweise mit den diversen Dachverbänden wie Apothekerkammer oder Wirtschaftskammer, hier speziell mit dem Fachverband der Chemischen Industrie und der Sparte Handel. Darüber hinaus kooperieren wir direkt mit Wirtschaftstreibenden aus Industrie, Groß- und Einzelhandel und Betreibern von Online-Marktplätzen.

Innerhalb des Innenministeriums findet eine regelmäßige Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachgebieten statt. Dazu zählen Sprengstoff- und gefahrenkundige Organe, der Entschärfungsdienst, Laborsachbearbeiter der Landeskriminalämter und des BVT sowie Mitarbeiter der Kriminaltechnik im Bundeskriminalamt“, erklärt Lichtenegger.

**Ein Verwaltungsübereinkommen** zwischen dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Landesverteidigung wird überarbeitet. „Es regelt die Zusammenarbeit mit dem Heer betreffend die Einlagerung und den Transport von Chemikalien sowie die gegenseitige Aus-, Fort- und Weiterbildung, beispielsweise mit der ABC-Abwehrschule in der Dabsch-Kaserne in Korneuburg. Je nach Anlass arbeiten wir auch mit der Berufsfeuerwehr Wien zusammen, wenn es um gefährliche Stoffe geht“, sagt Lichtenegger.

**Ausrüstung.** Die Ausrüstung der Beamten besteht aus einem Chemieschutzoverall mit Kapuze (Typ 3), chemikalienresistenten Handschuhen, Gummistiefeln mit chemikalienresistenten Sohlen sowie einen Kopf- und Atemschutz mit Filter. Neben der herkömmlichen Ausrüstung zur Spurensicherung steht dem Team Equipment für die Sicherung und den Transport von Chemikalien zur Verfügung. Alle Chemikalientransporte erfolgen nach dem internationalen Übereinkommen über den Transport gefährlicher Güter auf der Straße (ADR). Ausgenommen, es handelt sich um eine Notfallbeförderung zur Rettung von Menschenleben oder zum Schutz der Umwelt. Das Referat hat dafür einen ADR-konformen Einachsanhänger.

**Ausbildung und Schulungen.** Das Kompetenzzentrum bietet eine Ausbildung für Beamte des Innenressorts, aber auch für ressortfremde Personen an, die bei ihrer Arbeit mit illegalen Drogenlaboren oder mit Sprengstofflaboren zu tun haben oder damit konfrontiert werden könnten. Von der EU besteht ein Auftrag zur Schulung der Strafverfolgungsbehörden. „Neben Vorträgen in den Bildungszentren der Sicherheitsakademie und in der kriminalpolizeilichen Fortbildung (KDFR-

Fotos: Bundeskriminalamt

**Ausbildungszentrum Mitrovo Polje in Serbien: Spezialtrainings zur Aufklärung und Aushebung illegaler Drogenlabore.**

Foto: Bundeskriminalamt

Schulungen) finden zudem laufend Unterweisungen und Informationsveranstaltungen zur Sensibilisierung von Wirtschaftstreibenden auf diesem Sektor statt“, sagt Lichtenegger.

**Training und Taktik im Ausland.** In Mitrovo Polje in Serbien befindet sich ein Ausbildungszentrum für Polizisten, das seit 2015 Spezialtrainings zur Aufklärung und Aushebung illegaler Drogenlabore anbietet. Mittlerweile hat sich Mitrovo Polje zum führenden Ausbildungszentrum für diesen Bereich entwickelt. Neben Theorie umfasst der Großteil der Ausbildung praktische Übungen. Dafür stehen Gebäude und Übungsräume auf dem Gelände der Ausbildungsstätte und außerhalb davon zur Verfügung.

Neben täglichen Trainings und Übungen in kleinen Gruppen, werden die Teilnehmer auf eine gemeinsame Abschlussübung vorbereitet – das bereits Erlernte muss dann unter realistischen Bedingungen von den Kursteilnehmern umgesetzt werden. Der Schwerpunkt der Ausbildung richtet sich auf das Erkennen und Aufklären von illegalen Laboren und auf das taktisch richtige Vorgehen, um sich selbst zu schützen. „Vorbeugendes Training in diesem hoch gefährlichen Ermittlungsbereich ist unerlässlich. Nur durch gute Ausbildung, Training und Taktik, kann bei späteren Einsätzen das gesundheitliche und körperliche Risiko für die Einsatzkräfte auf ein Minimum reduziert werden“, erläutert Daniel Lichtenegger.

**Illegale Drogenlabore.** Im Ausbildungszentrum wird das Aufdecken und Erkennen von Drogenlaboren geschult, richtiges Einschreiten, Eigensicherung, Verwendung von Schutzausrüstung, Einsatz technischer Geräte, Verhalten bei Sprengfallen oder Cannabis-Indoor-Anlagen.

Zielgruppe für Ausbildungen und Trainings sind die Sachbearbeiter für Drogenausgangsstoffe in den Bundesländern, Kriminalbeamte aus dem Suchmittelbereich im Bundeskriminalamt, den Landeskriminalämtern, der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität und der Kriminalsachbearbeiter in den Stadt- und Bezirkspolizeikommanden.

Darüber hinaus richtet sich das Angebot an gefahrenstoffkundige Organe, an Zugriffsteams der Direktion für Spezialeinheiten (EKO-Cobra/DSE, Observation) und der WEGA, an verdeckte Ermittler im BK und an Einsatzkräfte der Feuerwehren. „Ziel für die Zukunft ist es, dieses Schulungskonzept österreichweit für Polizeidienststellen und für Partnerorganisationen des Innenministeriums wie Bundesheer oder Feuerwehr anzubieten“, sagt Lichtenegger. Die EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung CEPOL veranstaltet in Polen ebenso regelmäßig Kurse zur Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität und Aufdeckung von Drogenlaboren.

**Verdachtsmeldungen und Hinweise.** 2019 wurden 18 Verdachtsmeldungen bearbeitet, die Chemikalien und Substanzen für die Suchtmittelherstellung betreffen, 203 Vertriebswege wurden überprüft, 108 allgemeine Hinweise, die mögliche Verstöße nach dem Suchmittelgesetzt betreffen, wurden von der Meldestelle überprüft und bearbeitet. „Bei den Ausgangsstoffen für Explosivstoffe lag der Schwerpunkt der kriminalpolizeilichen Arbeit und Maßnahmen 2019 auf der Sensibilisierung der Wirtschaftstreibenden und deren Dachverbände“, sagt Daniel Lichtenegger.

*Gernot Burkert*

*Kontakt: precursor@bmi.gv.at*